



Burkina Faso

„Wir leisten Widerstand“

Der Hip-Hop-Sänger **Serge Bambara**, 43, alias Smockey, ist die Stimme der Opposition. Zur eigentlich für den 11. Oktober geplanten Wahl wollte er sein Album „Pre'volution“ mit Songs zum Widerstand herausbringen. Am Donnerstag, einen

Tag nach dem Militärputsch, wurde sein Studio in Ouagadougou von Soldaten attackiert.

SPIEGEL: Sind Sie in Gefahr?

Bambara: Die Lage ist gerade ziemlich dramatisch, aber wir sind noch nicht verloren.

Wir geben nicht auf, wir leisten Widerstand. Soldaten der Präsidentialgarde fahren durch die Stadt, suchen nach Demonstranten und schießen auf sie. Einige meiner Freunde sind tot, viele verwundet.

SPIEGEL: Ist der Militärputsch gegen die Übergangsregierung das Ende des kurzen „afrikanischen Frühlings“?

Bambara: Nein! Ich glaube, dass der Widerstand der Menschen ungebrochen ist.

SPIEGEL: Ist der Übergang zur Demokratie vorerst gescheitert, weil der Einfluss der Militärs, die den ehemaligen Machthaber Compaoré unterstützen, zu stark war?

Bambara: Uns war dieser Einfluss bewusst, und wir haben alles getan, um ihn in dieser Übergangsphase zurückzudrängen. Daher fordern wir nach wie vor die Auflösung der Präsidentialgarde, die den Putsch jetzt angeführt hat.

SPIEGEL: Wird es zu einem neuen Volksaufstand gegen die Militärs kommen?

Bambara: Dieser Aufstand läuft bereits. Die Menschen kämpfen in der ganzen Stadt gegen die Putschisten. Wir glauben immer noch an unseren Sieg. Außerdem haben wir gar keine andere Wahl, wenn wir einen Bürgerkrieg vermeiden wollen.

SPIEGEL: Aber die Präsidentialgarde ist schwer bewaffnet.

Bambara: Wir glauben, dass wir die Mehrheit des normalen Militärs auf unsere Seite ziehen können. Wir erhöhen den Druck auf die Soldaten. Noch ist nichts verloren.

Interview: Bartholomäus Grill

Libyen Geteiltes Land

Die Bildung einer Einheitsregierung ist vorerst gesplatzt – und damit die Hoffnung, dass sich der Kollaps Libyens noch abwenden lässt. Zehn Monate hatte der Uno-Sondergesandte Bernardino León verhandelt, nun scheint er gescheitert zu sein. Das Risiko ist groß, dass sich die beiden unversöhnlichen Parallelregierungen – die anerkannte im Osten des Landes und die selbst ernannte in der Hauptstadt Tripolis – nun radikalisierten. Im Osten versucht General Khalifa Haftar seit fast zwei Jahren

mit einer Art Bürgerwehr, islamistische Milizen zu vertreiben. Er ist bereits auf dem Weg, ein autoritärer Militärherrscher nach ägyptischem Vorbild zu werden. Und in Tripolis wächst wiederum die Macht der bewaffneten Milizionäre um den Islamisten und Militärkommandeur Abdelhakim Belhaj. Kein Ende der Spaltung, das bedeutet auch: Die Terrormiliz „Islamischer Staat“ könnte das Machtvakuum noch mehr nutzen als bisher. Nach der Eroberung eines 160 Kilometer langen Küstenstreifens bei Sirte haben es die Dschihadisten auf die Ölfelder im Süden abgesehen.

Vor allem aber wird Libyen seine Grenzen weiterhin nicht kontrollieren – und den Flüchtlingsstrom nach Europa nicht eindämmen. Das gefährdet auch den Erfolg der EU-Militärmission im Mittelmeer, deren Einsatz gegen Schlepper gerade beschlossen wurde.

Grund für das Scheitern der Verhandlungen ist, dass das Abkommen einseitig zugunsten der Regierung in Tripolis ergänzt wurde. Daraufhin zogen die Abgeordneten des international anerkannten Parlaments in Tobruk ihre Unterschrift zurück. Bei dem Streit geht es im Kern um die Kontrolle der zwei

wichtigsten Institutionen des Landes: der Armee und der Zentralbank, die die Öleinnahmen verwaltet. Bricht der Friedensprozess nun ganz zusammen, drohen zudem Unruhen. „400.000 innerlibysche Flüchtlinge, der Verfall des Dinar und tägliche Entführungen zermürben die Libyer, die in Wahlen mehrheitlich immer gegen die Extremisten gestimmt haben“, sagt Khaled Bin Walid, ein Aktivist aus Tripolis. „Wenn in Libyen weiter Politik mit vorgehaltener Waffe gemacht wird, werden nach den schwarzafrikanischen Flüchtlingen bald die Libyer in die Boote nach Europa steigen.“ red